

Offizieller Arbeitsbesuch von Bundesrat Flavio Cotti in der Côte d'Ivoire
15. - 16. September 1994

Gespräch mit dem Präsidenten der Côte d'Ivoire, Herrn Henri Konan Bédié,
Abidjan, 15. September 1994

1. Hauptsächlich beinhaltet die Diskussion
 - die Stellung der Côte d'Ivoire in der Region
 - den schweizerisch-ivorischen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsfonds (Dotierung 20 Mrd CFA als Gegenwert von 50 Mio sFr. als Ergebnis des Entschuldungsabkommens vom 14. Juni 1994)
 - die kommende Präsidentenwahl
 auf dem Hintergrund ausgezeichneter bilateraler Beziehungen.

Im übrigen hebt Präsident Bédié die Unterstützung der schweizerischen WTO-Genfer-Kandidatur hervor, während Bundesrat Cotti die Bedeutung des Follow-up der Internationalen Konferenz zum Schutze der Kriegsgesopfer von 1993 hervorhebt.

2. Regional gesehen sind es die dramatischen Verhältnisse in Liberia, welche die Côte d'Ivoire beschäftigen. Die Abfolge der Verträge von Abidjan, Cotonou und Accra haben bislang keine Lösung bewirkt, die Faktionen in Liberia werden zahlreicher und neben terroristischen und kriminellen Uebergriffen aus Liberia sieht sich die Côte d'Ivoire mit einem beträchtlichen Flüchtlingsproblem konfrontiert. Da viele von ihnen in Familien integriert worden sind, wird zum Nachteil Abidjans deren Flüchtlingseigenschaft in Frage gestellt. Präsident Bédié hält eine Verstärkung des UNO-Engagements in Liberia für absolut notwendig. Bundesrat Cotti erinnert daran, dass nach Verwerfung der Blauhelm-Vorlage die Schweiz sich an solchen Aktionen nicht beteiligen kann.
2. Was die Verwendung des Gegenwertfonds anlangt, wird die Notwendigkeit festgehalten, dass sich die beiden Seiten im dafür geschaffenen Gremium jeweils einigen. Längere Zeit nimmt die Diskussion der Frage in Anspruch, inwieweit aus dem Gegenwertfonds Zahlungen an die Verbesserung wirtschaftssozialer und demokratischer Strukturen im Hinblick auf die kommende Präsidentschaftswahl geleistet werden können. Schweizerischerseits wird intern notiert, dass eventuelle Leistungen aus dem Fonds nicht zur Zementierung der politischen Vormachtstellung von Präsident Bédié und seiner Einheitspartei beitragen dürfen.

